
Presseinformation Nr. 1012

4. Oktober 2005

HOMBURGER: Chemikalienpolitik ist Glaubwürdigkeitstest für Verheugens angekündigten europäischen Bürokratieabbau

BERLIN. Zur heutigen Abstimmung im Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit über die geplante EU-Chemikalienverordnung REACH erklärt die stellvertretende Vorsitzende und umweltpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion, Birgit HOMBURGER:

Der vorliegende Verordnungsentwurf gibt mit 1.200 Seiten und einer Flut von Änderungsanträgen, die noch einmal 200 Seiten füllen, eine sehr konkrete Vorstellung davon, was mit dem Begriff EU-Bürokratiemonster gemeint ist. Den betroffenen Unternehmen droht ein immenser Aufwand, ohne dass die Umwelt oder die menschliche Gesundheit davon profitieren würden. Selbst die Kommission schätzt die Kosten für die betroffenen Unternehmen auf 2,3 bis 5,5 Milliarden Euro in den nächsten Jahren. Kein mittelständisches Unternehmen kann sich diese Unsummen leisten. Solche Regelungen wären innovationshemmend und insbesondere auch für kleine und mittlere Unternehmen existenzbedrohend.

Die FDP weist auf diese Probleme seit Jahren hin und hat immer wieder betont, dass es bei der Risikobewertung nicht um Mengen, sondern um Gefährlichkeit und Beherrschbarkeit von Chemikalien geht. Daran muss eine entsprechende Verordnung ansetzen. Wenn REACH nicht noch einmal gründlich überarbeitet wird, droht mehr Bürokratie und damit Schaden für Deutschland als Chemiestandort und für tausende von Arbeitsplätzen. Bundesumweltminister Jürgen Trittin hat vor diesem Hintergrund nicht gehandelt. Im Gegenteil: Alle Anträge der FDP zur Entbürokratisierung der Chemikalienpolitik wurden von Rot-Grün im Deutschen Bundestag abgelehnt.

Die neue europäische Chemikalienpolitik ist auch ein Glaubwürdigkeitstest dafür, wie ernst es der EU damit ist, Bürokratie zu vermeiden und wirksam abzubauen. Die FDP fordert EU-Kommissar Günter Verheugen auf, mit dem angekündigten Bürokratieabbau Ernst und bei REACH einen konkreten und deutlichen Anfang zu machen. Es geht um die vitalen Interessen von rund 500.000 betroffenen Arbeitnehmern, die in der Chemiewirtschaft und den vor- und nachgelagerten Bereichen beschäftigt sind. Das in den vergangenen Wochen immer wieder betonte Ziel, Europa müsse fit ge-

Verantwortlich:
ISABELLA PFAFF

Telefon
(030) 227-52388

Fax
(030) 227-56778

E-Mail
pressestelle@
fdp-bundestag.de

macht werden für den globalen Wettbewerb, muss sich am konkreten Beispiel beweisen. Eine konkrete und aktuelle Gelegenheit dazu bietet die künftige Chemikalienpolitik auf europäischer Ebene.

Bettina Lauer
Telefon: (030) 227-52378
pressestelle@fdp-bundestag.de